

Flächennutzung: Warten auf die Reform

Bestätigt in Sachen kommunale Flächennutzung sieht sich die DP durch ein neues Urteil des Verwaltungsgerichtes: Es hatte am 24. März eine von der Stadt Luxemburg erteilte Baugenehmigung aufgehoben. In einer Pressemitteilung vom Montag meinen die Liberalen, auch das Verwaltungsgericht füge sich ein "in die Reihe der Kritiker, von denen Michel Wolter noch vor wenigen Wochen behauptet hatte, sie hätten nichts verstanden". Wie die woxx im Februar berichtete (Nr. 785), hatte Jean-Claude Halsdorf (CSV), der seinen Parteikollegen als Innenminister abgelöst hat, eine schnelle Reform der erst vor einem Jahr gestimmten "loi d'aménagement communal" angekündigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf vom 25. Februar ist mittlerweile an den Staatsrat gegangen. Die Forderung der DP, das Gesetz bereits nächste Woche zu stimmen, klingt aber wenig realistisch, denn das hohe Gremium hat sich gerade Osterferien genehmigt. Unterdessen sehen sich die Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Stadt Luxemburg geklagt hatten, eher in ihrer kritischen Haltung gegenüber Paul Helminger bekräftigt: Der DP-Bürgermeister der Hauptstadt hatte eine Baugenehmigung erteilt, ohne einen "plan d'aménagement particulier" vom Promotor zu verlangen, wie es das neue Gesetz vorschreibt.

Diesel? Aber bitte mit Filter!

Wer sich in den vergangenen Jahren ein Dieselauto gekauft hat, mag sich doppelt gefreut haben. Ein Liter Dieseltreibstoff kostet weniger Geld und reicht für mehr Kilometer. Weil damit auch der CO₂-Ausstoß pro Kilometer geringer ist, hatte der Diesel sogar einen gewissen Öko-Touch. Seit die Diskussion um die Feinstaubbelastung begonnen hat, ist es damit allerdings vorbei. Die Warnungen seitens alternativer Verkehrsvereine und Medien werden endlich wahrgenommen: Ein Diesel ohne Partikelfilter ist alles andere als umweltfreundlich. Die Filter gab es bis vor kurzem nur als Prototyp. Seit ein paar Jahren bietet sie Peugeot serienmäßig an; besonders die deutschen Autohersteller haben sich indes gegen die neue Technologie gesträubt. Durch die EU-Richtlinie zur Begrenzung von Feinstaub geraten alle Dieselhersteller unter Druck: Ein Großteil der krebserregenden Feinstaubpartikel wird nämlich von der Dieselfahrzeugflotte erzeugt. Obwohl in Luxemburg, anders als in Deutschland, die Grenzwerte noch eingehalten werden, scheint das Umweltministerium eine Prämie für Russpartikelfilter ins Auge zu fassen. Hoffen wir, dass die konsequenter ausfällt als vor vier Jahren die kurzlebige Prämie für die 3-Liter-Autos VW Lupo und Mercedes Smart ... übrigens beide Diesel.

Das Bankgeheimnis noch nicht ganz tot

Am Dienstag stimmt das Parlament ein Gesetz zur Zinsbesteuerung der Spareinlagen von EU-BürgerInnen, die nicht in Luxemburg leben. Ab dem 1. Juli dieses Jahres werden Zinsen auf Steuerfluchtgeldern mit einem Abschlag von 15 Prozent versteuert. Davon fließt ein Viertel an den Luxemburger Fiskus, der Rest geht - abzüglich der Überweisungsgebühr, wie das Gesetz penibel genau festhält - an das jeweilige EU-Land. Drei Jahre später wird dieser Satz auf 20 und noch einmal drei Jahre danach auf 35 Prozent erhöht. Im Gegenzug darf Luxemburg für die Dauer von fast zwei Legislaturperioden auf seinem Bankgeheimnis beharren. Damit dürfte Jean-Claude Juncker, der als Finanzminister ein erstes Mal 1989 mit einer EU-Richtlinie konfrontiert worden war, die eine Aushebelung der Luxemburger Steuervorteile zum Ziel hatte, beides geschafft haben: Er ist vorläufiger Retter und Totengräber des Steuerparadieses zu gleich. Ironischerweise fungiert als Rapporteur des Zinsgesetzes, und in gewisser Weise Grabredner des Bankgeheimnisses, der ehemalige Direktor der Bankervereinigung Lucien Thiel. Nach dem Motto: Wir haben das Beste aus einer schier ausweglosen Situation gemacht - und uns in die verdiente Rente hinübergerettet.

Die "kreative" Subventionierung der Cepal durch den Staat hat die Luxemburger Bauernschaft in Aufruhr versetzt. Nur von Seiten der biologischen Landwirtschaft gab es bislang keine Stellungnahme. Änder Schanck, verantwortlich für den Biogros-Vertrieb, erklärt warum.

(Foto: Christian Mosar)



LANDWIRTSCHAFTSSUBVENTIONEN

"Es geht um eine gewisse Solidarität"

woxx: Nur die traditionellen Landwirtschaftsverbände haben scharf auf die getarnte Subventionierung der Cepal reagiert. Ist der Cepal-Deal für die Biobauern kein Thema?

Änder Schanck: Ich bin nicht Sprecher sämtlicher Biobauern und kann daher nur meine persönliche Meinung äußern. In einer Anfangsphase wurden bei der Cepal Fehler gemacht, sie wurde zu stark subventioniert. Es ist allerdings auch verständlich, dass alles versucht wurde, um den angeschlossenen Bauern beste Absatzmöglichkeiten zu bieten. Wenn die großen Betriebe abziehen und die kleineren, wenig rentablen übrig bleiben, dann kann ich einer staatlichen Subventionierung durchaus etwas abgewinnen. Es geht ja auch um eine gewisse Solidarität. Aber die Art und Weise, wie hier verfahren wurde, können auch wir nicht akzeptieren.

Das Verfahren war schnell und flexibel, anders als die übliche Praxis des Landwirtschaftsministeriums. Wie steht es um den Kontakt zwischen Biobauern und Ministerium?

Man muss hier klar zwischen den konventionellen Verbänden und den Biobauern unterscheiden. Die erste Gruppe repräsentiert eine große Produktionsmenge. Sie ist eine starke Lobby, die nicht einfach übergangen werden kann. Wir dagegen sind "peanuts", mit rund 50 landwirtschaftlichen oder Gärtner-Betrieben. Dazu kommt, dass wir die konventionelle Landwirtschaft in Frage stellen und damit die Politik des Ministeriums kritisieren. Während die einen Tag ein, Tag aus im Ministerium vorseprechen, warten wir seit Jahren auf einen Termin, um unsere Belange vorzutragen.

Da wundert es umso mehr, dass vor allem die Profiteure des Systems in Sachen Cepal Kritik geübt haben. Sind die Biolandwirte zu zahn?

Wir versuchen, unsere Kritiken eher entlang Themen wie

dem Naturschutz zu äußern. Zurzeit werden die umweltrelevanten Bedingungen der neuesten EU-Agrar-Reform im nationalen Recht festgeschrieben. Wichtig ist die Unterscheidung landwirtschaftlicher Arbeitsfelder: Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen einerseits und in eine Reihe von gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten andererseits, etwa im Bereich Naturschutz. Dieses zweite Standbein macht aber nur Sinn, wenn in der Produktion keine weitere Zerstörung der Natur erfolgt - durch übermäßigen Einsatz von Stickstoff oder chemische Düngemittel beispielsweise. Viele konventionelle Bauern sträuben sich, diesen Weg zu gehen, verlangen aber die gleichen Subventionen wie früher. Ohne Gegenleistung wird die Gesellschaft irgendwann aber nicht mehr bereit sein, eine solche Landwirtschaft für teures Geld zu unterstützen.

Ist von dieser Umorientierung vor Ort etwas zu verspüren?

Als großen Fortschritt betrachte ich die Entkopplung der Subventionierung von der Produktion. Auf diese Weise wird deutlich, dass die Subventionen von 160 Euro pro Hektar, welche die Biolandwirtschaft erhält, eigentlich nur etwa zehn Prozent mehr ausmachen, als das, was für die konventionelle Landwirt-

schaft gilt. Rechnen wir die versteckten Subventionen hinzu, stellen wir fest, dass der Biolandbau insgesamt weniger Subventionen je Hektar erhält als die konventionelle Landwirtschaft. In einer rezenten Studie ist von Zuschüssen in Höhe von 199 Euro je Hektar im konventionellen Bereich die Rede. Eigentlich muss es aber genau umgekehrt sein: Der Biolandbau, der weit geringere Folgekosten für die Allgemeinheit mit sich bringt, sollte höher subventioniert werden.

Die versteckten Subventionen werden durch die Reform in Zukunft geringer werden.

Das stimmt. Aber sie erklären, warum hier zu Lande bislang so wenige Betriebe auf Bio umgestellt haben. Mit konventioneller Landwirtschaft lässt sich mehr Geld verdienen. Dessen sind die Verantwortlichen im Ministerium voll bewusst. Da heißt es dann: Wir dürfen den Biolandbau nicht zu sehr fördern, denn wir wünschen uns dort vor allem die Idealisten und weniger die Ökonomen. Damit wird aber eine Entwicklung hin zu mehr biologischem Wirtschaften gebremst.

Wie bewerten Sie als Biobauer insgesamt die EU-Agrarreform?

Der Ansatz der Agenda 2000 war gut - nur wurde das Ganze unter der Ratspräsidentschaft

des deutschen Landwirtschaftsministers Karl-Heinz Funke auf eine sehr konservative Regelung hin festgeklopft. Erst als es mit BSE und dann mit der aktuellen deutschen Agrarministerin Renate Künast zu einem Umdenken kam, und damit einer der wichtigsten EU-Staaten nicht mehr bremste, ging es wieder etwas voran. Die Halbzeit-Bilanz wurde für echte Reformen genutzt. Sogar Minister Fernand Boden schloss sich den progressiven Ideen aus Brüssel an. Später, bei der Umsetzung zu Hause, wurden dann leider vor allem jene Sachen verwirklicht, die am wenigsten Veränderungen bedeuteten.

Als die BSE-Krise 2001 ihren Höhepunkt hatte, schwenkten viele VerbraucherInnen auf Bioprodukte um. Hat sich die Hoffnung, dass damit auch die Bioproduktion einen Auftrieb bekommt, erfüllt?

Von offizieller Seite wurde damals ein unheimlicher Aufwand betrieben, um das konventionelle Fleisch wieder verkaufsfähig zu machen. Marketing und Sicherheitsvorkehrungen - alles Gelder, die nicht den Bauern zu Gute kommen, aber von den Kunden mitfinanziert werden - verschlangen Unsummen an Geld, die besser in die Prävention geflossen wären. Ich habe mir keine Illusionen gemacht, dass Verkaufsspitzen, die wir damals erreicht haben, über längere Zeit zu halten gewesen wären. Heute verspüren wir nichts mehr von dem Vorteil, den wir damals hatten. Viel wichtiger ist es, wirksame Vertriebsstrukturen aufzubauen. Dieses Defizit gibt es seit dem Anfang unserer Bewegung.

Der Minister ist fast so lange im Amt, wie es die ökologische Landwirtschaft in Luxemburg gibt. Kann er inzwischen dem Biolandbau etwas abgewinnen?

Das Ministerium denkt nicht an die Sorgen, mit der sich Biobauern hier zu Lande herumplagen müssen. Unser Hauptproblem sind die kleinen Mengen, die wir hier produzieren und absetzen können. Wenn ich Tausend Joghurt-Becher statt 10.000 herstelle, sind die Kosten für das einzelne Endprodukt im ersten Fall bald doppelt so hoch. Eine Offensive für mehr Biolandwirtschaft ist nach einem ersten Meeting mit allen relevanten Bio-Akteuren wieder eingeschlafen. Sie hätte zwei große Vorteile: Zum einen könnten wir gegenüber dem Ausland, wo größere Mengen von Bioprodukten hergestellt werden, konkurrenzfähig werden. Zum anderen könnte die Überproduktion im konventionellen Anbau zurückgefahren werden. Zurzeit gibt es einfach nicht genug Land und Zustimmung für den Bioanbau. Die Politik des jetzigen Ministers besteht darin, den Begriff "Nachhaltigkeit" lediglich mit diffusen eigenen Vorstellungen zu besetzen.

Intervie: Richard Graf

Zur Person

Änder Schanck, Jahrgang 1952, stammt aus einer Bauernfamilie im Norden des Landes. Er studierte zunächst Maschinenbau und gelangte über die Baubiologie zur Anthroposophie. Später bewirtschaftete er zusammen mit seinem Bruder den elterlichen Hof, der 1980 zum ersten bio-dynamischen Hof Luxemburgs umgestellt wurde. Ab Mitte der 80er Jahre zeichnete er dann vor allem für den Aufbau verbesserter Produktions- und Vertriebsstrukturen im Biolandbau-Bereich verantwortlich. BioG, Naturata, Biogros und letztendlich das Ökopolis-Zentrum in Munsbach sind nur einige der Projekte, die Änder Schanck mitinitiiert hat.